

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 Mk., bei Selbst-
abholung 4.25 Mk.
Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mk., für 1 Monat 5.— Mk.
(Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg.)
Postfachkonto Nr. 53 477. Postfachkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13 000.

Inseratenpreise:
Die 7gespaltene Kolonelle 1.55 Mk. — Die 7gespaltene Kolonelle mit
Platzvorschrift 1.85 Mk. — Die 7gespaltene Kolonelle Familiennachrichten
1.40 Mk. Die Reklame-Kolonelle 0.25 Mk.
Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Höchste Gefahr fürs Ruhrrevier!

Die Haltung der U. S. P. in Berlin. Mißtrauen! — Gerücht bleiben!

Berlin, 20. März. (Eigene Drahtmeldung der V. S.) Gestern vormittag fanden in Berlin 20 vor der U. S. P. D. einberufene öffentliche Versammlungen statt, die bis auf zwei außerordentlich stark besucht waren und mehrfach die Abhaltung von Parallelversammlungen erforderten. Den Ausführungen der Redner lagen Richtlinien zugrunde, die zunächst die durch den Putsch und die Bildung der neuen Koalitionsregierung gegebene Situation kennzeichneten und dann fortführten:

Die Unabhängige Partei wird auch fort in schärfster Opposition zu jeder neuen bürgerlich-sozialistischen Koalitionsregierung stehen. Für die Unabhängige Partei kann nur eine rein sozialistische Regierung in Frage kommen. Wir fordern die rein sozialistische Regierung! Wir fordern, daß diese Regierung ein klarer Programm hat, das die nächsten wichtigsten Aufgaben festlegt. Es ist unbedingt erforderlich, daß in einer rein sozialistischen Regierung die U. S. P. so stark vertreten ist, daß schon in ihrer Stärke die Garantie für die Durchführung des Programms gegeben ist. Reicht keine inneren Mittel, keine Entmutigung, kein Nachlassen der revolutionären Energie! Die Gefahr der militärischen Konterrevolution ist noch nicht überwunden, die Koalitionsregierung ist unfähig, diese Gefahr zu überwinden! Sammeln aller Kräfte, Einsehen für eine rein sozialistische Regierung!

Gleichzeitig hatte die Zentralkomitee für Einigung der Sozialdemokratie eine Massenkundgebung mit dem Thema: Einigung gegen die Reaktion! nach dem Circus Busch berufen. Der Circus Busch wurde eine Stunde vor Beginn der Versammlung überfüllt; Zehntausende konnten keinen Einlaß finden. Es wurden daraufhin noch mehrere Parallelversammlungen abgehalten. Im Circus Busch sprachen unter andern Rednern Bernstein, Heinrich Strauß, Karl Rautsky und Davidsohn.

Rautsky führte etwa folgendes aus:
Der große Generalstreik hat gezeigt, daß das Proletariat unüberwindlich ist, wenn es einig ist. Aber leider haben wir seit dem 9. November 1918 nichts gesehen als Bruderkampf und Brudermord. Das Band der Einigung, das uns jetzt umschlingt, muß nun fester geknüpft werden. Die Reaktion ist noch nicht tot! Dieses Raubtier hat ein süßes Leben. Wenn wir eine rein sozialistische Regierung erstehen, so doch nur eine, die von Dauer ist, und eine solche dauernde sozialistische Regierung können wir im Augenblick nicht erwarten. Die Möglichkeit zu ihr werden erst die neuen Wahlen geben. Mag also bis dahin noch ein Koalitionskabinett am Ruder bleiben. Um so nötiger ist es, alle Kräfte einzusetzen, daß aus den nächsten Wahlen eine Nationalversammlung hervorgeht, die die Grundlage für eine sozialistische Regierung geben kann. Dazu ist es nötig, daß die Einigung zwischen den sozialistischen Parteien festgestellt wird. Das ist um so eher nötig, als die Frage, ob Reichstagsrat oder Demokratie bei den ganzen letzten Vorgängen gar keine Rolle mehr gespielt hat. Der jetzt gebildeten Koalitionsregierung werden wir mit dem größten Mißtrauen gegenübersehen. Wir werden Gewehr bei Fuß stehen, aber jeder Zeit gerüstet, den Kampf gegen den Feind wieder aufzunehmen. Wer sich gegen die Einigung hemmt, ist ein Verräter an der Sache des Proletariats. Ich rufe allen Sozialisten zu: Seid einig, einig, einig!

Nach einer andern Meldung sah die Vossische Zeitung den Inhalt der Reden dahin zusammen: Die Unabhängigen wollten ein rein sozialistisches Kabinett unter Führung der Unabhängigen und forderten sofortige Zurückziehung der Truppen aus dem Ruhrgebiet unter Aufsicht von Vertretern der Regierung und der U. S. P. D., andernfalls werde die rote Armee weiterkämpfen und, wenn sie unterläge, die Bergwerke zerstören (?). Rautsky drohte eine Berliner Generalstreik an, auf den mindestens sechs bis acht auch Beschor dringend anriet. Er hätte begrifflich das geschlossene Eintreten der Gewerkschaften von den Demokraten bis zu den Kommunisten in den politischen Kampf als einen Wendepunkt in der Gewerkschaftsgeschichte.

Das neue Kabinett.

Berlin, 27. März. (W. T. S.) Reichskanzler Müller, der einstweilen Minister des Auswärtigen verbleibt und mit seiner Vertretung im Reichsausschuss des Auswärtigen Amt's im Behinderungsfalle den Unterstaatssekretär Gesandten v. Daniel beauftragt hat. Stellvertreter des Reichskanzlers ist Reichsminister des Innern Koch, Reichsminister der Finanzen Brügel, Reichswehrminister Geßler, Reichsminister für

Justiz Blund, Reichswirtschaftsminister Schmidt, Reichsarbeitsminister Schilde, Reichspostminister Giesberts, Reichsjustizminister Bauer, Reichsverkehrsminister Bell, Reichernährungsminister Sermed, Reichsminister ohne Portefeuille David. Das Reichsministerium für Wiederaufbau wird in den nächsten Tagen besetzt werden. Das neue Kabinett wird sich am Montag der Nationalversammlung vorstellen. Der Reichskanzler wird programmatische Ausführungen machen, die sich über die Ereignisse der letzten vierzehn Tage aussprechen.

(Geheimrat Cuno, der ursprünglich für den Posten des Reichsfinanzministers in Aussicht genommen war, hat nachträglich abgelehnt.)

Die Nationalversammlung!

Heute Montag, soßen, wenn die Umbildung der Regierung vollzogen ist, die Verhandlungen in der Nationalversammlung wieder beginnen. Zuerst wird über die Aufhebung der Immunität des Reichspräsidenten verhandelt. Dann kommt die große politische Debatte. Der Reichskanzler wird den Standpunkt der Regierung zu den gegenwärtigen Verhältnissen darlegen. Im Anschluß daran sollen, um den einzelnen Fraktionen Zeit zur Stellungnahme zu geben, der Nachtragset, der Notetat, die Vorlage über die Verstaatlichung der Eisenbahnen und die Beamtenbeförderungsvorlage verhandelt werden. Das wird voraussichtlich nur kurze Zeit in Anspruch nehmen. Nach einleitender Pause wird dann die Debatte über die gegenwärtige Lage einsetzen. Den ersten Redner stellen die Reichsparteien, und zwar Zentrum oder Demokraten. Als zweiter Redner wird unser Genosse Heine sprechen. Im weiteren Verlauf der Sitzung soll abwechselnd ein Redner der Regierungsparteien und einer der Opposition sprechen. Die Deutschnationalen stellen auf eigenen Wunsch die letzten Redner. Sie fühlen offenbar schon, daß für sie die Sache nicht besonders annehmend verlaufen wird.

Polnischer Angriff auf Litauen.

Bern, 20. März. Die das litauische Pressbureau meldet, haben die polnischen Truppen auf der Linie Danaburg mit überlegenen Geschützen die Litauer angegriffen und ausgedrängt. Erbitterte Kämpfe an der ganzen Front.

Polen zu Friedensverhandlungen mit Rußland bereit.

Bromberg, 27. März. Der deutsch-polnische Pressedienst meldet: Nach einer amtlichen Mitteilung aus Warschau benachrichtigte die polnische Regierung in einer Note Litwischerin, sie sei zu den vorgeschlagenen Friedensbedingungen zu Verhandlungen mit russischen Bevollmächtigten zum 30. April bereit.

Estnisch-lettisches Abkommen.

Helsingfors, 27. März. Zwischen Estland und Lettland wurde ein Abkommen über Wall erzielt, wonach die Esten ihre Truppen aus lettischem Gebiet zurückziehen und die Zugehörigkeit Walks von dem Schiedsgerichtshof der Entente entschieden wird.

Blutiger Zusammenstoß zwischen Streikenden und italienischem Militär.

Mailand, 27. März. Die Blätter melden aus Novara, daß es in Barenzo zwischen Soldaten und Streikenden zu einem Konflikt kam, wobei drei Personen getötet und mehrere verwundet wurden.

Besetzung Shularis durch die Italiener.

Paris, 27. März. Havas meldet aus Belgrad, daß die Italiener die Stadt Shulari besetzt haben. Die Italiener hätten das Fort von Sutari mit einer Batterie bewaffnet, so daß sie das Feuer auf die Stadt richten könnten.

Ein türkischer Protest.

Paris, 20. März. Der Vertreter des Temps in Konstantinopel berichtet, daß die Presse gegen die Note über die Besetzung Konstantinopels Einspruch erhoben habe, da für das Vorgehen der nationalen Kräfte nicht das gesamte türkische Volk, sondern nur einzelne Fanatiker verantwortlich gemacht werden könnten.

Ausweisung der Franzosen aus Syrien?

Ein Funkpruch meldet aus Beirut: Der Emir Faisal hat den Franzosen befohlen, Syrien bis zum 6. April zu verlassen. Die Araber verlangen den Abzug der Engländer aus Ägypten.

Sein oder Nichtsein!

Neuer Krieg im Ruhrrevier!

Die Militärdiktatur in Deutschland herrscht wie unter Kapp. Müllers, schlimmer noch! Ihr Willen droht die Vernichtung Deutschlands. Das Schicksal der deutschen Industrie steht auf dem Spiele. Nur die Tatkraften:

Die Weissen Garden gegen Rheinland-Westfalen.

Aus Rheinland-Westfalen, 27. März. 12 Uhr mittags. Trotz der Abmachungen von Bielefeld, die von der Arbeiterschaft eingehalten werden, führt das Militär seine Operationen gegen Rheinland-Westfalen weiter. Sie benutzen die Kämpfe vor Wesel als Vorwand für den Bruch des Waffenstillstands, trotzdem bei den Bielefelder Abmachungen im Weissen und auf Trängen des Ministers Giesberts hin Wesel von dem allgemeinen Waffenstillstand ausgenommen worden ist.

Die 30 Kilometer lange Front war nach den Abmachungen von Bielefeld zur völligen Ruhe gekommen. Die bewaffnete Arbeiterschaft hat den Kampf eingestellt und hat sich hinter die festgesetzte Linie zurückgezogen. Mit der Zurückziehung und Auflösung der Formationen ist begonnen worden. Das Militär jedoch hat die Abmachungen von Bielefeld gebrochen, es hat die Demarkationslinie überschritten und

setzt den Vormarsch fort.

Gestern Abend sind in Münster zwei Bataillone des bayerischen Freikorps Epp einermittelt. Sie haben

die schwarz-weiß-rote Flagge gehißt.

Der berüchtigte General Watter läßt im Ruhrrevier Flugblätter adwersen, in denen er zum Kampf gegen die Arbeiter, zur Bewaffnung des Bürgerturns auffordert. In der Nachtina auf Soest an haben die Truppen die Demarkationslinie um 10 Kilometer überschritten.

Genen den offensibaren Bruch des Waffenstillstands haben unsere Genossen, sowie der Oberbürgermeister Cuno von Dagen (Demokrat) bei dem General Watter Einspruch erhoben. Watter hat darauf erklärt lassen, daß die Truppe völlige Bewegungsfreiheit haben müsse. Er setzt sich einfach über die Abmachungen von Bielefeld hinweg. Seine Offiziere wissen zum Teil nichts davon, daß Waffenstillstand geschlossen ist und reben selbst von doppeltem Spiel und erklären, daß sie den striktesten Befehl zum Vormarsch haben.

Unter diesen Umständen hat heute die Kampfsituation an den

Reichspräsidenten Ebert ein Telegramm gerichtet, in dem sie erklärt: Die erhöhte Kampfbereitschaft ist für den gesamten Industrie-
kreis angeordnet. Falls die Truppenbewegungen nicht aufhören, wird der Kampf auf der ganzen Front im Laufe des Spätnachmittags über der Nacht wieder aufgenommen.

Der General Watter müsse unverzüglich entlassen werden, ein Rivollkommisar müsse ernannt werden, dem alle militärischen Befehle zur Genehmigung vorzulegen seien.

Weiter wird in dem Telegramm auf die schwere Gefahr hingewiesen, daß die Arbeiterschaft, wenn dem Militär der Einmarsch ins Industriegebiet gelingen sollte, sich in ihrer Verzweiflung, in der Voraussicht des Schreckensregiments, des im Grunde kapitalistisch gesinnten, nach Arbeiterblut dürstenden und durch schamlose Gräueltaten verhetzten Militärs zu den schwersten Sabotageakten hinreißen läßt. Die Arbeiter drohen schon jetzt damit, im Falle die Regierung sie der Abschlagung durch die weissen Garden des Kappisten Watter ausliefern will, die Bergwerke, die Hochöfen, überhaupt die gesamten Industrieanlagen und die Brücken in die Luft zu sprengen. Sie haben zu diesem Zwecke schon Sprengkolonnen gebildet und so beflaggenwert das Zerstörungswerk wäre, bei der grimmigen Entschlossenheit, die unter der Arbeiterschaft herrscht, bei der Gewißheit, was ihrer bei einem Sieg der verhetzten Soldateska wartet, werden sie selbst von ihren Führern von solchen Verzweiflungstaten, die sie selbst mit treffen, nicht abzuhalten sein. Ebenso drohen die Arbeiter, wenn der äußerste Fall eintreten sollte, alle Deutschnationalen zu verschaffen und als Geiseln mitzuführen, um die Blutgier der weissen Garden möglichst in Schach zu halten.

Die Regierung hat bisher nichts getan, um die Bielefelder Abmachungen zur Durchführung zu bringen. Der Reichskanzler Bauer hat vielmehr einen Erlaß herausgeben lassen, der über diese Abmachungen hinweggeht und der Arbeiterschaft mit der Militärmacht droht. Die Regierung hat weder die Macht, noch den Willen, der Militärdiktatur entgegenzutreten. Der Reichspräsident Ebert, der

Die Besatzungsgewalt hat, läßt sich verweigern. In Berlin wird tagslang verhandelt, um Zeit zu gewinnen zu Operationen. Die Baltischen Truppen werden angehalten nach Socksted bei Hamburg transportiert, in Wahrheit werden sie gegen das Ruhrrevier eingesetzt.

So die Lage! Die Arbeiterschaft Rheinland-Westfalens will sich nicht von den Weisgardisten abschlagen lassen. Sie wird kämpfen bis zum letzten Blutstropfen. Sie will lieber untergehen mit den Weissen, die sie geschaffen hat, als den weissen Schrecken erleiden. Die Verführung der rheinisch-westfälischen Industrie ist das Ende des industriellen Deutschlands. Die Regierung hat es in der Hand, den Untergang Deutschlands zu verhindern. Macht der Militärherrschaft ein Ende! Weg mit den weissen Truppen! Auflösung der gegenrevolutionären Truppen! Die Regierung trägt die Verantwortung für die kommenden Ereignisse!

Mit ihr aber auch die Gewerkschaften. Sie haben sich verpflichtet, zu neuem Kampfe aufzurufen, wenn die Abmachungen nicht gehalten werden. Nun muß sich zeigen, ob sie ihre Verpflichtungen halten werden oder nicht. Das äußerste droht, und muß mit den äußersten Waffen bekämpft werden. Die Militärs müssen wissen, daß die Arbeiterschaft ihrer Diktatur den neuen Generalkrieg entgegensehen wird!

Sie wollen Gewalt!

Eine Abordnung von sechs englischen rechtsstehenden Journalisten hat das Ruhrgebiet besucht. Sie stellen fest, daß dort die Arbeiterschaft in vorzüglichster Ordnung sich befindet, daß überall gearbeitet wird, daß bedingt bewaffnete Arbeiter gegen die Militäristen kämpfen, daß keine rote Armee existiere.

Beim Abzug in Münster ist ihnen dagegen erklärt worden: „Die Arbeiterschaft muß zunächst zerstückelt werden, deshalb geben wir die Parole aus, daß es gegen die Kommunisten geht.“ Die meisten Offiziere haben versichert, daß sie auf dem Boden der Regierung Kapp stehen, daß sie die Lösung der Krise nicht durch Verhandlungen, sondern nur durch Gewalt wollen.

Inzwischen hat eine wilde Bolschewistenhölle eingesetzt. Die bürgerliche Presse läßt, daß russische Offiziere und russische Truppen im Rheinland-Westfalen kämpfen, daß Trozky die Kämpfe leitet. Eine neue antibolschewistische Propaganda soll entfacht werden, um die sich schließende Front der Arbeiterschaft zu durchbrechen.

Was aber tut die Regierung? Heute morgen hat das Berliner Volkspräsidium etwa 1000 russische und polnische Staatsangehörige verhaften lassen. Alle diejenigen, die verdächtig sind, in Beziehungen zu stehen zur U. S. V. und R. P. D. werden in Schutzhaft gehalten. Gewalt und weisser Schrecken gegen die Arbeiterschaft!

Die Macht der militäristischen Reaktion.

Berlin, 27. März.

Unter dem Eindruck des Wiltens des weissen Terrors haben U. S. V. und Gewerkschaftsbund zwei Kommissionen eingesetzt. Die eine hatte den Auftrag, vom Reichspräsidenten die Zurückziehung der Truppen, die Umkehrung der Transporte nach dem Westen zu verlangen. Die andre sollte bei der preussischen Regierung auf die Entlassung der gegenrevolutionären Einwohnern (d. h. der teils aus bürgerlichen bestehenden), auf die Bewaffnung der Arbeiterschaft drängen.

Die Berichte dieser Kommissionen enthalten, daß nach wie vor die Diktatur der verkappten Militärs in Deutschland herrscht. Der Reichspräsident überließ sich verweigern. An seiner Stelle antwortete der General von Seeck auf die Forderung der Zurückziehung der Truppen:

Die Arbeiter seien keine gleichberechtigte Verhandlungspartei. Ihnen gegenüber müsse die Zwangsgewalt zur Geltung gebracht werden. Nicht die Zurückziehung der Truppen, sondern die Anwesenheit hundert Truppen werde dazu beitragen, die Arbeiter zur Vernunft zu bringen. Man könne gerade im Westen militäristisch gar nicht hart genug sein.

Der Belagerungsstand werde in demselben verhältnissen Weise gehandhabt werden wie unter Kapp!

Die vorgeschlagenen Aufstellungen über handrechtliche Entscheidungen seien einseitige Behauptungen, die des Beweises bedürften. Er wisse nur von drei handrechtlichen Todesurteilen, die er infiziert habe.

Dabei sind hunderte von Arbeitern handrechtlich erschossen worden! Der weisse Schrecken herrscht also weiter!

Die zweite Kommission hat bisher noch keinen verhandlungsfähigen Partner gefunden! Ihr Ziel ist: von der preussischen Regierung zu verlangen, daß sie die Auflösung der (gegenrevolutionären) Einwohnern, die Ablieferung der Waffen an die Kommunalbehörden, die Bewaffnung der organisierten Arbeiterschaft verweigert. Für Berlin will sie die Schaffung einer inoffiziellen Arbeiterwehr im Rahmen der Sicherheitspolizei durchsetzen. Ueber das Ziel ist die Kommission sich einig.

Inzwischen hat sie festgestellt, daß die grüne Sicherheitspolizei ein raffiniert reaktionäres Gebilde ist. Die Offiziere sind durchweg gegenrevolutionäre und Kappanhänger. Diese Offiziere sind beim Einzug der Kapptruppen ihnen entgegengefahren und haben sie beglückwünscht. Ein Teil von ihnen wurde deshalb entlassen, ist aber inzwischen wieder eingekerkert und bestraft worden! Der Mannschaffverfall ist ausschließlich aus den reaktionären Willkürprovingen rekrutiert worden. Diese Macht steht den Döberkern vollständig zur Seite!

So weit die Nachrichten. Der weisse Schrecken herrscht in Deutschland. Hunderte von Arbeitern sind handrechtlich erschossen. Die Militäristen und Monarchisten sind die wahren Regierer Deutschlands. Es geht um Sein oder Nichtsein der Arbeiterschaft. Der Arbeiterschaft bleibt nur eins: Kampfbereit zu sein zu neuen Kämpfen.

Nieder mit Militarismus und Monarchismus!
Nur die Befreiung der Arbeiterschaft!

Die Reichsregierung scheint sich des furchtbaren Ernstes der Situation noch immer nicht bewußt zu sein. Sie läßt den vollständigen Umschwung in der Stimmung und der Auffassung weicher Kreise der Arbeiterschaft, die sich seit den Tagen des militäristischen Putsch vollzogen hat, ganz außer acht. Ganz wie zu Kapps Zeiten glaubt sie auch jetzt noch, durch Anordnung diktatorischer Maßnahmen und mit Hilfe ihrer weissen Garde „Ruhe und Ordnung“ wieder herstellen zu können. Derzeit ist sie auf weiteren Verhandlungen ab und will der Arbeiterschaft ihre Bedingungen diktieren. Gestern hat sie den „Kuffenbüchsen“ telegraphisch das folgende Ultimatum.

„Die Regierung hat durch die verschiedenen Verhandlungen versucht, ohne Anwendung von Gewalt die Ruhe und Ordnung im Ruhrgebiet

wieder herzustellen. Der Versuch ist gescheitert. Die rote Armee hat sich nicht danach gerichtet. Die Angriffe auf West sind mit größter Festigkeit fortgesetzt worden. Die Gefangenen wurden nicht freigelassen. Die Abgabe der Waffen wurden nicht durchgeführt. Die Verhältnisse haben sich im Gegenteil noch verschlechtert. Zahlreiche Notkreise aus allen Kreisen der Bevölkerung berichten über Verbrechen und Gewalttaten, die von den roten Truppen begangen werden. Das zwingt die Regierung noch eine letzte Frist zu gewähren, um möglichst bald wieder geordnete Verhältnisse in diesen Gebieten herzustellen und die Bevölkerung vor Willkür zu schützen. Um aber allen Verhältnissen nochmals Gelegenheit zu geben, zur Besserung zurückzuführen, will die Regierung noch eine letzte Frist gewähren, ehe sie mit Gewalt einsteigt. Sie fordert daher bis zum 30. März, 12 Uhr mittags, eine ausreichende Sicherheit für den militäristischen Befehlshaber des Westkreises VI, Generalleutnant v. Wette: in Münster für die Annahme und Durchführung folgender Bedingungen:

1. Uneingeschränkte Anerkennung der verfassungsmäßigen Staatsautorität.
 2. Wiedereinsetzung der staatlichen Verwaltungs- u. Sicherheitsorgane, soweit sie nicht durch Einsetzen für die Kapp-Ära-Maßnahmen befreit sind.
 3. Sofortige Auflösung der roten Armee.
 4. Sämtliche Entlassungen der gesamten Bevölkerung einschließlich Einwohnern unter Aufsicht der rechtmäßigen staatlichen Organe. Die Art und Zeit der Durchführung der Entlassung wird durch den Inhaber der vollständigen Gewalt näher bestimmt werden.
 5. Sofortige Freilassung der Gefangenen.
- Falls diese Bedingungen angenommen werden, wird die Regierung von einem Eingriff absehen. Andernfalls erhält der Inhaber der vollständigen Gewalt Freiheit des Handlens zur vollen Wiederherstellung geordneter Zustände.

Berlin, 28. März.

Die Reichsregierung.
Der Reichskanzler (gez.) Müller. Der Reichswehrminister (gez.) Geiler.

Auf ein telephonisches Waffenstillstandsgesuch des Zentralrats hat der Reichskanzler Müller geantwortet, daß weitere Verhandlungen „unmöglich“ seien und nur auf Grund der von der Regierung gestellten Bedingungen eine Lösung möglich sei!

Die Regierung fühlt sich also jetzt stark genug, der Arbeiterschaft des Ruhrgebietes einfach ihre Bedingungen diktieren zu können. Die Weiterführung dieser rotschwarzen Gewaltpolitik muß, wie sich aus den Darlegungen in dem vorstehenden Artikel ergibt, für Deutschland verhängnisvoll werden. Die Herren Müller und Geiler können ihre Pläne nur durchführen mit Hilfe der Truppen, die schon aus den besten Beweisen haben, daß sie die stärkste und zuverlässigste Stütze der Reaktion sind. Diese gegenrevolutionären Garben auf die Arbeiter des Ruhrgebietes loslassen, bedeutet ein furchtbares Blutbad heraufzubekommen und die Arbeiter dem weissen Schrecken zu überantworten. Die Arbeiter sind entschlossen, sich dagegen mit allen Kräften und allen Mitteln zu wehren. Die furchtbaren Folgen sind unübersehbar; sie bedeuten den vollständigen wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands. Auf der andern Seite führt die Massenabschlachtung von Arbeitern und die Schwächung der kämpfenden Arbeiterschaft zu einer gewaltigen Stärkung der militäristischen Reaktion. Ein Sieg der weissen Garde im Ruhrgebiet würde das Werk vollenden, das die Kapp und Lüttich in Berlin erfolgreich begonnen haben. Es ist eine ungeheure Verantwortung, die die Regierung auf sich nimmt, wenn sie ihre Drohungen räumlich. Alle Errungenschaften der letzten Tage würden mit einem Schlage wieder vernichtet und beseitigt werden.

Es erscheint unahbar, daß sich die Regierung und mit ihr die Kreise des Bürgerturns, die eben erst erschreckt durch den Berliner Putsch zum Kampf gegen die Militärdiktatur aufriefen, jetzt, da diese Gefahr größer als je geworden ist, blindlings den weissen Garben und ihren ausgesprochen konterrevolutionären Führern anvertrauen. Die Angst vor der Macht des reinen Proletariats, das eingeschlossen ist, die Erfolge der jüngsten Revolutionsperiode zu verteidigen, hat Regierung und demokratisches Bürgerturn reißlos in die Arme des Militarismus getrieben. Die Parole: „Gegen den Bolschewismus!“, die von den Kappisten ausgeht, wurde, hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Sie verlogenen Nachrichten über die brohende Militärdiktatur, über die Schreckensherrschaft der Bolschewisten im Ruhrgebiet und über Orrenlaten der „Notgardisten“ im Westen sind in die Welt gesetzt, von der bürgerlichen Presse verbreitet und von dem geachteten Bürgerturn gläubig als Tatsachen hingenommen worden. Es ist bezeichnend, daß auch die Regierung in dasselbe Horn bläst, wie die Denkbungen in ihrem Ultimatum bemerken. Aufgabe der sozialistischen Parteien wird es sein, diesen schamlosen Dohereien mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Vor allem wird die rechtssozialistische Partei alle Beziehungen zu ihren Vertretern in der Regierung lösen müssen, die das in sie gesetzte Vertrauen ihrer Parteigenossen in so schändlicher Weise mißbrauchen. Denn darüber müssen sich die Führer der Rechtssozialisten klar sein — der Berliner Staatsstreik hat auch den rechtssozialistischen Arbeitern die Augen geöffnet und ihnen gezeigt, wohin die kapitalistischen Regierungsmethoden führen. Die rechtssozialistischen Arbeiter fordern in ihrer überwogenen Mehrheit die Abkehr von diesen Methoden und verlangen, wie die sozialistischen Arbeiter überhaupt, eine Politik nach sozialistischen Grundbänden. Die sozialistischen Arbeiter sind entschlossen, die Einheitsfront geschlossen zu erhalten und unter Einsetzung all ihrer Kräfte, diese Forderungen durchzusetzen.

Nach den neueren Meldungen aus dem Ruhrgebiet sind die Aussichten auf eine friedliche Beilegung wieder geringer geworden. Die Arbeiter wehren sich besonders gegen die Abgabe der Waffen. Nach einer Bekanntmachung des Volksrates in Duisburg fordert die „rote Armee“ die Weiterführung des Kampfes. Der Dortmunder Volksrat hat die Ablieferung der Waffen ebenfalls abgelehnt, solange die Reichswehr nicht reißlos entlassen ist. In der Gegend von West sollen die Kämpfe am Sonnabend wieder aufgenommen worden sein.

Wie gelogen wird.

Bekanntlich wird in der arbeitserfeindlichen Presse behauptet, die von den Arbeitern im Ruhrgebiet gefangenen Soldaten der Kapp-Lüttich-Formationen und Reichswehr seien beschimpft und mißhandelt worden. Was es damit auf sich hat, lehrt ein in unserm Bruderorgan, der Volksstimme, in Tagen, veröffentlichter Brief von gefangenen Unteroffizieren und Mannschaften des Reichskorps Rottmaler. Es heißt darin:
Wir bemerken ausdrücklich, daß auch die umlaufenden Behauptungen, wie seien nach unserer Befreiung durch die Arbeitergruppen schändlich behandelt und mißhandelt worden, unwarhaft sind, daß jede gegenteilige Behauptung auf keiner Mitteilung der Soldaten beruhen kann.
Denn beschwerten sich die Leute über ihre Offiziere, die ihnen läugerliche Darstellungen von dem Zweck ihrer Einsetzung gegen die Arbeiterschaft gegeben hätten. Die Offiziere:

„... und wurde gesagt, wie seien nicht und sollten nur da eingreifen, wo geräubt und geplündert werde. Als wir in Herbede die Wahrheit unserer Bestimmung erfahren, haben wir dem Hauptmann Fänge den Gehorsam verweigert und auf eine Verteidigung des Rathauses verzichtet. Auch ist das Feuer in der vorderen Linie auf eigene Faust eingestellt worden.
Nach unserer Internierung müssen wir feststellen, daß wir von unseren vorgeführten Offizieren im größtmöglichen Maße hinterlistig geführt worden sind. Wir haben keine konterrevolutionäre Bestimmung und hätten uns niemals willentlich zu konterrevolutionären Zwecken mißbrauchen lassen...“

Daß die Militärs vom allpreussischen Völkern wissen, daß sich die Kappen biegen, haben sie bereits im Kriege erfahren. Was sie freiwillig während der Kappzeit auf diesem Gebiete geleistet haben, nicht auf seine Ruhm und läßt daher die Beschwerden der gefangenen Militärs über das Corps Völkisch glaubhaft erscheinen. Nationalismus und Völkerei entpinnen immer derselben Wurzel und sind voneinander abhängig in ihrem Bestande und ihren Erfolgen!

Die Pläne des Putschisten-Generals.

In der Nationalzeitung finden wir den folgenden interessanten Bericht über eine Unterredung, die ein Vertreter des Kopenhagener Blattes Politiken am Tage des Berliner Putsch mit dem General von Lüttich hatte. Der Journalist fragte den General:

„Ueber wieviel Truppen verfügen Sie? — Ueber 8-10000 Mann in Ostpreußen und Berlin.“

„Nehmen Sie damit, daß auch die alte Garnison zu Ihnen übergehen würde? —“

„Unbedeutend! Ich sagte dies der Regierung bereits vier Tage vor Beginn der Gegenrevolution voraus. Die Regierung erklärte, daß sie genügend Truppen in Berlin zur Verfügung hätte, ich meine Vorberungen ab und entbot mich meines Postens. Nun haben die Ereignisse mir Recht gegeben.“

„Was werden die Arbeiter jetzt tun? Man spricht davon, daß sie für eine Generalkriegspropaganda machen und daß sie alles zum Stillstand bringen werden. Was denken Sie hiergegen zu unternehmen? —“

„Ich denke, die Arbeiter werden zur Vernunft kommen, so bald sie wissen, welche Sozialreformen wir beschließen.“

„Nur falls sie nun nicht zur „Vernunft“ kommen? —“

„Dann müssen wir eingreifen.“

„Und womit? —“

„Der General brach in lautes Lachen aus und sagte: Meinotwegen mit Koffoliten und Blasrohren! —“

„Mit Maschinengewehren vielleicht? —“

„Für dieses Wort müssen Sie selbst die Verantwortung übernehmen.“

„Ich danke den General, mir etwas über das Programm der neuen „Regierung“ mitzuteilen, aber das schlug er ab und wies mich an Dr. Kapp. Nur so viel sagte er, daß der Hauptgrund, warum man die alte Regierung stürze, der sei, daß man nicht genug arbeite, und daß man weiterhin gegen den Bolschewismus einschreiten soll. Der Kampf gegen den Bolschewismus sei ein Hauptgrund der ganzen Gegenrevolution. Die alte Regierung läte nicht das geringste, um Europa gegen die Gefahren von Osten zu beschützen. Und deshalb hätten wir es für dringend notwendig, einzugreifen, nachdem England nicht imstande ist, den Bolschewismus zum Stehen zu bringen.“

„Denkt die Regierung hierbei an eine Disziplin? —“

„Darüber haben wir noch keine Bestimmung getroffen.“

„Wie denken Sie sich die Stellung des Auslandes der neuen Regierung gegenüber? —“

„Wir wollen mit dem Ausland in Frieden leben, wollen, und aber nicht in allen Schritten, namentlich nicht in das, was gegen Deutschland Ihre Rechte.“

„Werden Sie aber auch imstande sein, mit Hunderttausend Mann die Ordnung aufrechtzuerhalten? —“

„Unmöglich. Hunderttausend sind zu wenig.“

„Wie können wir mit diesen den Bolschewismus bekämpfen? —“

„Wir müssen viel mehr Truppen zur Verfügung haben.“

„Hat die Regierung monarchistische Tendenzen? —“

„Nein, antwortete der General. Aber der Ton Klang nicht besonders überzeugend.“

Diese lächerlichen Behauptungen, die im ersten Siegesrausch mit atomischer Offenheit gemacht wurden, sind in verschiedener Hinsicht äußerst interessant. Zunächst bestätigen sie von neuem, daß die Regierung schon mehrere Tage vor dem Putsch von den Willkür der militäristischen Verschwörer unterrichtet worden ist. Weiter offenbaren sie, daß die Kappisten ihren Forderungen unter der Parole: „Gegen den Bolschewismus!“ zu schützen gedachten. „Bolschewismus“ sind für diese Herrschaften natürlich alle sozialistischen und antimonarchistischen Bestrebungen. Mit der Kampfanfrage an den „Bolschewismus“ wollten die deutschen Kornelms nicht nur alle gegenrevolutionären Elemente für ihre Pläne einzufangen, sondern sich auch die Unterstützung des gesamten Bürgerturns zu sichern.

Die lächerlichen Offenbarungen sind aber besonders deshalb interessant, weil sie so deutlich den Geist zeigen, der die Staatsstreifer befehle. Sie zeigen, wie sonderbar sich in den nur vom Geist des Militarismus erfüllten Köpfen die Welt malt. Sie glauben durch einen klünnen Zufallstreff das verdrängte neue Deutschland über den Haufen werfen und die alte preussische Junkerherrschaft wieder aufrichten zu können. Ausgestattet mit dem ganzen geistigen Reichtum vorrevolutionärer preussischer Staatsweisheit, waren sie überzeugt, daß sie durch einen Gewaltstreich ohne weiteres ihre reaktionären Pläne verwirklichen könnten. Inzwischen dürfte sie die trügerische Abwehraktion des geeinigten Proletariats wohl bescheit haben, daß es selbst in Deutschland Dinge gibt, die wirksamer und mächtiger sind, als Maschinengewehre, Handgranaten und alles Küßigung antirevolutionärer Barbaren. Im übrigen zeigen die Rednerungen des Staatsstreifergenerals über die Stellung zum Ausland, über die Notwendigkeit der Ozeanfortschritt und über die Wiederanrichtung der Monarchie klar genug, was das deutsche Volk und besonders die Arbeiterschaft von diesen Rollenbüchern zu erwarten hätte.

Die Kapp und Lüttich und Eudenhoff sind vorläufig von der Bildfläche verschwunden. Ihre Pläne haben sie aber sicher nicht aufgegeben, und Tausende von Militäristen, Nationalisten und Monarchisten stehen noch immer zu gleichen reaktionären Ansichten bereit. Deshalb gilt es für die Arbeiterherrschaft, ständig auf der Wacht zu bleiben. Die gründliche Säuberung des Bureaustates und Heeresapparates von den gegenrevolutionären Elementen und die sofortige Auflösung der Formationen, die sich den Putschisten zur Verfügung gestellt haben, sind die nächsten Forderungen, deren Erfüllung unbedingt durchgesetzt werden muß.

Was Lüttich noch beabsichtigt.

Wie die Nationalzeitung weiter berichtet, hat General Lüttich sofort nach der Errichtung der sogenannten Kapp-Regierung einen Haftbefehl zur Inhaftierung der gesamten Reichsregierung nach Dresden erlassen. Dieser Haftbefehl war schon bereits eingetroffen, als die Reichsregierung von Berlin nach Dresden kam. General Kapp erklärte der Regierung, daß er auf die Dauer für den Schutz der Minister sich nicht verbürgen könne, worauf sich die Minister nach Stuttgart begaben.

Das schändliche Verbrechen von Köpenick.

Über das Blutbad in Köpenick erhalten wir folgenden Bericht: Nachdem der Aufbruch der Volkstruppen Tatsache geworden war, fuhren die leitenden Parteigenossen in Köpenick den Aufbruch, die Arbeiterkraft zu bewaffnen und Arbeiterwehren zu bilden, um die Stadt und die Umgebung gegen die Vorposten der Gegenrevolution zu schützen. Sie demütigten sich der Waffen eines Waffendepots, das in den Albatrosswerken in Friedrichshagen untergebracht war. Am Freitag gelang es, weitere Waffen aus Grünau und Friedrichshagen zu beschaffen, wo ebenfalls zur Bewaffnung der Arbeiterkraft geschritten wurde. In Grünau wurde die Bürgerwehr ohne Mühe und ohne Blutvergießen entwaffnet. Auch mit Klerikern wurden Verbindungen angeknüpft. Bei ihrem Vorgehen hatte die Arbeiterkraft die Sympathien des gesamten Bürgertums auf ihrer Seite. In Köpenick melbten sich zahlreiche bürgerliche Elemente der Bevölkerung freiwillig zum Eintritt in die von den Arbeitern gebildeten Formationen.

Am Freitag entspann sich ein Kampf zwischen Truppen, die in einem Auto durch Köpenick kamen, und der Grünauer Arbeiterwehr. Mit Hilfe von Verstärkungen aus Köpenick wurden die Truppen übermächtig, sie wurden durchaus als Gefangene behandelt, gegen die Bewaffnung in Gehäusen genommen und im Gefängnis untergebracht. Verwundet wurden vier Soldaten und zwei Knechte.

Am Sonntag früh wurde in Friedrichshagen ein Truppenkommando überwältigt und in Schusshaft genommen. — In Klerikern konnten Truppen unbestimmten Charakters eindringen. Die Kleriker Arbeiterkraft war gewogen, sich festlich nach Köpenick zu begeben. Inzwischen trafen Nachrichten ein, daß überall in der Umgebung von Köpenick starke Truppen zusammengezogen wurden, insbesondere Formationen des Potsdamer Infanterieregiments und der Ober. — Genosse Gutzan und der Bürgermeister von Köpenick knüpften Verhandlungen mit den Berliner leitenden Kommandanten an, um festzustellen, ob die Arbeiterkraft Regimentsgruppen oder konterrevolutionäre Verbände vor sich habe. Von Berlin aus lehnte man die Verhandlungen ab, es wurde erklärt, daß die Aktion rückwärts durchzuführen sei. Auch der Reichssozialist Wels war in Köpenick, leitete jedoch Verhandlungen mit Berlin ab. Genosse Gutzan, der nach und nach die Auffassung gewann, daß man regierungstreue Truppen vor sich habe, bewirkte, daß die Waffen niedergelegt wurden, da es nicht die Aufgabe der Arbeiter sei, gegen die Truppen der Regierung zu kämpfen.

Als am Sonntag früh die Truppen in Köpenick einbrachen, waren die Formationen der Arbeiter bereits aufgestellt und die Waffen gesteckt. Ein Kampf fand nicht statt. Nach ihrem Einzug einleiteten die Truppen ein Standgericht. Am Nachmittag wurden sieben Mann, Gutzan, Helland, Gatzert, Kegel, Dürrer, Wiedeke und Kahner, erschossen. Kahner war an der ganzen Aktion nur insofern beteiligt, als er sein Lokal für die Versammlungen der Truppen zur Verfügung stellte. Auf dem Wege zur Richtstätte wurde Gutzan von der Soldateska in der schamlosesten Weise mißhandelt. Die Aufforderung dazu empfingen die Mannschaften von einem Offizier, der drei Soldaten, die Gutzan beschützt hatten, schon vor dem Lokal, in dem die Truppe Gericht hielt, knien ließ. „Da hierher habt ihr das Schweln gebracht!“ Es ist anzunehmen, daß inzwischen weitere Erschießungen erfolgt sind. Zahlreiche Verhaftungen sind erfolgt.

Nachdem die Truppen eingezogen waren, hatten einige Genossen Gelegenheit, mit ihnen zu sprechen, um sie nach ihrer Herkunft und ihren Wünschen zu fragen. Auf die Frage, ob sie zur Regierung Bauer ständen, erklärten sie, sie kennen keine Regierung. Ihre Regierung seien ihre Offiziere. Sie kämen von Frankfurt a. O. und seien gegen Spartakus ausgesandt.

Das schändliche Verbrechen von Köpenick (fortgesetzt nach S. 10) Wir fordern und erwarten auf das Bestimmteste, daß es eine der ersten Aufgaben der neuen Regierung sein muß, die militärischen Verbrechen von Köpenick vor Gericht zu stellen! Und nicht vor ein Kammertribunal! Die Militärgerichtsbarkeit muß sofort beseitigt werden!

Matrosenmörder Marloh als Zeitsfreiwilliger

Die Freiheit schreibt: In der Regierung habe erfahren, wo sich der Mörder Marloh aufhält, so man sie ihn im Landesausstellungspark Ludwig Marloh ist Adjutant des Zeitsfreiwilligenregiments der Reichswehrbrigade 15.

Das Volkste vom Tölkön, das Ungeheuerliche vom Ungeheuerlichen! Der Mörder der Französischen Straße, der 21 unschuldige Volksgenossen in bestialischer Schändlichkeit hinrichten ließ, befindet sich in einer Zeitsfreiwilligenformation eines verantwortungsvollen Posten. Und der friedliche Bürgermann opfert heute den Zeitsfreiwilligen Ordnungsmännchen aus vollem Vortemmonate!

Ein neuer Standrechts-Mord!

Trotz allen Versprechungen der Regierung auf sofortige Beseitigung des Standrechts, die sie bei Abbruch des Generalstreiks durch die gewerkschaftlichen Zentralorganisationen und Parteien gemacht, wirtschäften die Militärs im Lande munter weiter damit. Neger, der ihnen von irgendwelchen Demagogen als sozialistisch oder gar linkssozialistisch gerichtet gemeldet wird, unterliegt der Gefahr, von ihnen von ungesühmlichen Standgerichten zum Tode verurteilt und erschossen zu werden. So verfiel am 25. März der Verhaftete der Zeitungsgruppe der U. S. P. D. in Wilmersdorf in Thüringen diesem Schicksal. Er war außerhalb der Stadt gewesen, kam abends mit der Bahn zurück, wurde verhaftet, mußte die Komödie eines Standgerichts über sich ergehen lassen und wurde erschossen. Das Militär im Lande klimmelt sich den Teufel um irgendwelche Regierungsanordnungen, sondern befreit sich in der brutalsten und willkürlichsten Weise seine Macht an der revolutionären Arbeiterkraft, die den nationalstolischen Staatsstreik zu Boden schlug.

In Berlin aber sitzen Leute, die als Arbeitervertreter gelten wollen, mit den Vertretern der bürgerlichen Parteien zusammen und kurbeln Ministerialkasseln aus. Die Militärs aber handeln und bringen über das Land den weißen Schrecken ungarischen Musters.

Die rechtssozialistischen Führer sollen nicht vergessen, wie das auf die Arbeiter auch ihrer Partei wirken muß!

Vernünftiges aus der Sozialistischen Korrespondenz.

Die U. S. des Herrn Heilmann, die eines der schlimmsten Organe zur Seite gegen die Linkssozialisten war, ist durch den Kapp-Putsch zur Welt — ob für immer? — heilsam erleuchtet worden. Sie schreie z. B. unterm 27. März:

Die außerordentlichen Schwierigkeiten des gegenwärtigen Augenblicks sind durch die Militärputsche entstanden. Sie werden fortbauend, solange die überwiegende Macht beim Militär liegt. Dieses aber ist eine notwendige Folge des Belagerungszustandes, der beordnend war, solange das Militär die demokratische Republik gegen die Putsche von links zu schützen hatte. In der gegenwärtigen Lage würde seine Aufhebung das allermeiste zur Beruhigung und zur Wiederkehr normaler Zustände beitragen.

Genau sind z. B. in Berlin eine große Anzahl von Ausländer auf Anweisung des Oberkommandos verhaftet worden, teils solche ohne genügenden Ausweis, teils solche, die man im Verdacht bolschewistischer Propaganda hat. Unter dem Begriff Bolschewismus fassen die Militärs bekanntlich alles Mögliche, was ihnen irgendwie zuwider ist. Es wäre dringend notwendig, daß solche demagogischen Aktionen nicht mehr von militärischer Seite, sondern nur von den Zivilbehörden vorgenommen werden könnten. Darum wie aus allen dem politischen Grundriss ergibt sich die Aufhebung des Belagerungszustandes geboten.

Eine Aktion der Kappisten.

Die Reaktionen aller Schattierungen, erschreckt über den Machtzuwachs, den die Kappesche Arbeiterkraft gebracht hat, versuchen erneut, ihren alten gewohnten Anspruch auf die Gestaltung der Regierung geltend zu machen. Der Bund der Handwerker, der Reichsausschuß der akademischen Berufsstände, die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, der Bund der Bauwirte, der deutsche Bauhau, der Schutzverband für deutschen Grundbesitz, der Bauhau und für Gewerbe, Handel und Industrie, der deutsche Offiziersbund, der Reichsverband der freien technischen Berufe, die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels und der Reichsbürgererrat erheben „in schweyger Stunde ihre Stimme“ und fordern:

1. Beseitigung jeder Maßnahme, die offen oder verhält auf eine ungesunde Änderung oder eine Umgestaltung der verfassungsmäßigen Bestimmungen hinzielt.
2. Gleichstellung der Organisationen der übrigen schaffenden Stände mit den Gewerkschaften der Arbeiter, Beamten und Angestellten. — Sofern mit Wirtschaft- und Berufsgruppen verhandelt wird, verlangen wir, hinzugezogen zu werden.
3. Verschaffung einer nach allen Seiten hin starken und von allen Berufsgruppen gebilligten Regierung, die sich zur Durchführung ihrer Aufgaben auf die hierzu erforderliche Macht stützt.

Diese reaktionären Organisationen haben während des Staatsstreiks mehr oder minder offen mit den Kapp und Büttlich sympathisiert. Und jetzt wollen sie Gleichstellung mit den Organisationen der Arbeiter und Angestellten, die die Republik gerettet haben. Die Gleichstellung, als ob nichts geschehen wäre. Das sollte gerade noch!

Neue Männer.

Die preussische Regierung „kann“ natürlich aufmerkzaam, daß die Ernennung des Herrn Galle zum Oberpräsidenten von Ostpreußen an Stelle des gemordeten Herrn Wilmig nur eine vorläufige Maßnahme darstellt. Eine endgültige Ernennung wird erst erfolgen, nachdem die Reichsminister in Vrankreich geklärt ist. Als ebensolches Problem darf man wohl auch die Ernennung des aus dem Marloprozeß bekannten Staatsanwälters Weilmann an Stelle des Herrn von Berger ansehen. Das überhaupt die Ernennung des Herrn Weilmann, die auf die Arbeiterkraft wie eine Provokation wirken muß, in Betracht gezogen ist, zeigt wieder, welche politische Unfähigkeit und völlige Sinnlosigkeit und Unkenntnis über die Stimmung der Arbeitermassen an den leitenden Stellen der preussischen Regierung herrscht. Herr Weilmann ist außer als Berater des ersten Marloberichtes auch als Spieler und Bedienter über beleumundet und vor allem ist auch er ein Vertrauensmann des Herrn von Berger gewesen. Damit würde Herr Weilmann, der auf der preussischen Regierung aussteigt, einen Mann zurücklassen, der sein Werk, die bausende Spaltung der Arbeiterkraft, mit aller Kraft fortsetzen würde.

Einen besseren Griff hat man gemacht, indem man an Stelle des Herrn Drey den Major Friedhoff zum Zivilchef der Berliner Sicherheitspolizei ernannt hat. Herr Major v. Friedhoff kann als einer der lokalsten Offiziere gelten, die der Republik zur Verfügung stehen. Er hat bereits in den Tagen des Volksgrates und des Zentralrates in durchaus loyaler Weise als einer der wenigen Offiziere des Reichsministeriums mit den Soldaten und den Mitgliedern des Volksgrates zusammengehandelt. Er war stets einer der schärfsten Gegner des Systems Kapp und vor allem der Mannschaften des Herrn v. Giffa. Kapp hat ihn deshalb einmal in öffentlicher Reichstagsrede beauftragt und ihn Knall und Fall aus dem Reichsbureau entlassen. So ist zu hoffen, daß Herr v. Friedhoff, der bereits innerliche Reformen durchzuführen beginnt, sich seiner Aufgabe gewandter stellt, und daß es ihm gelingt, die Sicherheitswehr zu einem wirklichen Organ nicht nur für die Sicherung der Ruhe und Ordnung, sondern auch für die Erhaltung der republikanischen Staatsform umzugestalten.

Ein vergeblicher Versuch zur Reinigung der Volkshausbrandstifter.

Das veränderte Kapporgan am Reichstag hat bekanntlich das Bedürfnis gehabt, die Verführer des Volkshauses unter seine schützenden Fittiche zu nehmen. Wir haben die beiden Zuschriften über die massenweise Lagerung von Benzin im Volkshaus, die es am Sonnabend veröffentlichte, bereits in der vorigen Nummer gekennzeichnet. Von der Volkshausverwaltung ging uns am Sonnabend nach die folgende Erklärung zu:

Die Verwaltung des Volkshauses hat weder 100 000 Liter noch überhaupt in jenen Tagen Benzin gekauft, requiriert oder bestellt. Sie hat auch keinerlei Auftrag erteilt, Benzin im Volkshaus zu lagern einzulagern. Sie hat zunächst auch keine Kenntnis gehabt, daß Benzin in unter Grundfläche gelagert wurde. Die erste Kunde ist durch den Zweck des Betriebs von Autos verursacht worden, in den Hof des Volkshauses gefahren worden. Die Absicht, die bereits abgeordneten 20 Fässer in den Keller einzulagern, ist durch zwei Angehörige des Volkshauses sofort verhindert worden; die Fässer wurden in den nach hinten liegenden Garten geschafft. Die Abgabe einer zweiten Fuhre mit 14 Fässern ist durch uns von vornherein verhindert worden. Das Gefährliche mußte wieder umkehren. Die in den Garten eingelagerten Fässer sind beim Brand, der in der Nacht des 23. März ausgebrochen ist, nicht mehr zu sehen. Die Fässer sind nicht mehr zu sehen, die sie gebracht hatten, sozialistisch weg.

Der Versuch, diese Benzinräuber für die Entdeckung des Brandes verantwortlich zu machen, ist deshalb von vornherein aussichtslos, die Untersuchung wird das ohne Schwierigkeit feststellen.

Die Leipziger Neuesten Nachrichten.

blamiert bis auf die Knochen durch ihr Eintreten für die Kapp-Bande, wollen sich bei der denotischen bürgerlichen Gesellschaft wieder aus

tragen, indem sie (Nr. 84) behaupten, die Kapptruppen U. S. P. habe die Ermöglichung der Rätebildung durch den Generalstreik und die Bewaffnung des Proletariats angestrebt. Wir werden dieser frechen Lüge, infolge des leidigen Papierkriegs erst morgen die Beine beschneiden können.

Kongreß der zweiten Internationale.

Amsterdam, 25. März. Die Blätter melden, haben die Abgeordneten der an die zweite Internationale angeschlossenen Länder in ihrer gestrigen in Rotterdam abgehaltenen Sitzung, der u. a. Troelstra, Dugsmans und Shaw bewohnten, sich mit den Anforderungen zur Teilnahme an dem internationalen Kongreß befaßt, der im Juli in Genf stattfinden soll. Außerdem ist von der Abordnung, die sich nach Deutschland begeben hatte, um zwischen den deutschen Sozialdemokraten die Einigkeit herzustellen, Bericht erstattet worden.

Deutschland.

Abbruch der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Amst. wird aus Berlin gemeldet: Die deutsche Delegation, die in Warschau über den Verkehr mit Ostpreußen durch den polnischen Korridor verhandeln sollte, ist ohne Ergebnis zurückgekehrt. Die deutsche Regierung hielt unbedingt daran fest, daß der volle uneingeschränkte Durchgangsverkehr nach Ostpreußen, wie er im Friedensvertrag zugesichert ist, die einzige wirkliche Grundlage für Verhandlungen sein müsse. Die polnische Regierung hat diesen Standpunkt ausdrücklich abgelehnt. Sie hat außerdem die deutschen innerpolitischen Verhältnisse der letzten Tage zum Anlaß genommen, der deutschen Delegation die bis dahin gewährte Kurierverbindung zu verweigern.

Fortbestand

des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages.

Nach dem Reichsanzeiger wurde das Aufheben des Handelsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und der Schweiz und des Anhangs, die beide von der Schweiz gekündigt worden waren, mit der Maßgabe hinausgeschoben, daß die Aufhebbestimmung jederseits erfolgen kann, nachdem sie mit einer Frist von drei Monaten angekündigt ist.

Kleine Auslandsnachrichten.

Die Frage der Kreditgewährung an die Zentralstaaten.

Amsterdam, 22. März. Einer Reutersmeldung zufolge, hat sich der deutsche Direktor des Bankwerkes Dr. Wilhelm Goepel in einigen Tagen nach dem Haag und nach Kopenhagen, um mit den holländischen und dänischen Regierungen über deren Teilnahme an der Kreditgewährung zur Wiederaufrichtung Oesterreichs und der europäischen Zentralstaaten zu beraten.

England gegen ein Eingreifen der Allierten.

Paris, 25. März. Jean Longuet telegraphiert dem Vopulstue aus Manchester von der Tagung der Verwaltungsräte der unabhängigen Arbeiterpartei über die Internationale. Die englische öffentliche Meinung sei stark erregt, durch den Helzug der französischen bürgerlichen Zeitungen für ein Eingreifen der Allierten in Deutschland. Die Regierung Lloyd George lehne die Interventionen auszusprechen, selbstständig gegenüberstehen und darin mit Amerika und Italien einig zu sein. Der „Manchester Guardian“ werde in einem sehr gehaltenen Leitartikel erklären, daß eine derartige Teilhabe alle angeblühlichen Schwierigkeiten nur vergrößern könne.

Eine Sympathiebekundung der französischen Sozialisten.

Paris, 25. März. Der ständige Verwaltungsausschuß der sozialistischen Partei in Frankreich veröffentlicht heute in der „Humanité“ einen Aufruf an die Arbeiter Frankreichs, in dem er für die Forderungen der deutschen Arbeiter eintritt, die für ihre zweite Revolution kämpfen.

Belorgnis der Engländer.

Nach einer Londoner Reutersmeldung erklärt Churchill im Unterhause: Die Lage in Deutschland sei von großer Belorgnis für England. Vom militärischen Standpunkt aus betrachtet, müsse es die Politik der englischen Regierung sein, mit allen Mitteln eine gemäßigte deutsche Regierung zu erröndlichen, sich am Leben zu erhalten, damit die Produktionsfähigkeit und die Wohlfahrt des deutschen Volkes wiederbelebt werden könne.

Die Kosten der Besetzung.

Nach Pariser Anhaltungen betragen die Kosten für die Besetzungstruppen im Rheinland und in den der Volksabstimmung unterworfenen Gebieten für das Jahr 1920 etwa 700 Millionen Frank. Davon entfallen auf die Besetzung der Rheinlande 500 Mill. Frank.

Die Verteilung der deutschen Schiffe.

Pariser Blätter melden, die englische Regierung habe eingewilligt, die gesamte Handelsflotte Deutschlands, die Frankreich in Gewahrsam hat, also 800 000 Tonnen, unter noch nicht näher bezeichneten Bedingungen vorläufig Frankreich zu überlassen.

Nationalistische Siege in Oesterreich-Schlesien.

Die Wiener Arbeiterzeitung bringt aus Oskawitz eine Meldung über nationalistische Exzesse durch hunderte vorbestrafter Verbrecher, die alle Gewaltmittel anwenden. Bei Tscheken hätten einzelne Gemeinden den nationalistischen Banditen Hundenslange Schlägen liefern müssen. Besonders die deutschen Arbeiter hätten ganz entsetzlich. Der sozialistische Parteiausschuß werde sich demgemäß mit einem Aufruf an das Proletariat Europas wenden.

Bolschewistische Offensive.

Der Warschauer Korrespondent der Times meldet: Die bolschewistische Offensive gegen Polen auf einer Front von 500 Kilometern dauert an. Die Angriffe im Mosyr-Gebiet sind wieder aufgenommen worden. Auch weiter südlich an der rumänischen Grenze sind heftige Kämpfe.

Im Norden sind nach einem Telegramm des norwegischen Blattes Tidningsstegen aus Kirkenes 1000 Bolschewisten in Petschenga eingedrungen.

Ein aus Sowjetrußland kommendes Flugzeug geriet in die Gewalt der litauischen Militärbehörden. Die Insassen wurden gefangen genommen. Unter ihnen befindet sich auch der Kommunist Platan, der einer der Urheber des im November 1918 in der Schweiz entlassenen revolutionären Generalstreiks war.

Amerika unterstützt die Armenier.

Paris, 27. März. Es gibt in Paris meldet aus Washington: Die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten hat dem Voranschlag zugestimmt, Waffen und Munition zu liefern, um eine armenische Armee auszurüsten, die sich gegen die Türken und Kurden zu stellen. Es sei auch beschlossen worden, ein Kriegsschiff und Marineinfanterie nach Batum zu senden, um die Eisenbahnlinie von Batum nach Tiflis zu schützen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Genrich Glejner in Leipzig.

Verantwortlich für den Anzeigenenteil:

Friedrich Viller, Vordorff-Verlag.

Druck und Verlag: Vordorff-Verlag, Vordorff-Verlag, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.



**Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter
Kartonnagen-Branchel**
Dienstag, 30. März, 1/2 5 Uhr, im Pantheon, Dresden, Str.
Grosse öffentliche
Kartonnagenarbeiter-Versammlung.
Tagesordnung: Die Ablehnung unserer Forderungen durch die Unternehmer.
Kollegen und Kolleginnen! Die Ausserachtlassung der Tagesordnung erfordert das Erscheinen sämtlicher Berufsangehörigen.
Die Branchenleitung.

Achtung! Achtung!
Deutscher Eisenbahner-Verband
Die Vorträge des Genossen Horre über Entwicklung in Natur und Gesellschaft nehmen am kommenden Mittwoch, dem 31. März, abends 7 Uhr, im Gartenhaus des Volkshauses, Eingang Braustraße 17, ihren Fortgang. — Um zahlreichste Beteiligung bitten
Ortsverwaltung Leipzig I und II.
A. W. Otto Endorf.

ParteiSekretär für Hannover-Stadt
erste Kraft, wird verlangt.
Bewerber müssen organisatorisch und rednerisch begabt sein. Bewerbungen mit kurzem Lebenslauf sind bis zum 10. April an das Parteibureau Hannover, Artilleriestraße 8, zu senden.
In unserer Verwaltung ist die Stelle eines **besoldeten Magistratsmitgliedes (Stadttrat)** sofort zu besetzen. Die Aufstellung erfolgt nach den in der Städteordnung für die besoldeten Magistratsmitglieder vorgeschriebenen Bestimmungen auf 12 Jahre. Das Ruhegehaltsberechtigte Gehalt ist zurzeit auf 10.150 Mark, steigend alle 3 Jahre bis auf 18.200 Mark jährlich festgesetzt. Daneben wird bis auf weiteres eine Teuerungszulage von 5000 Mark und Rinderzulage von 800 Mark jährlich für jedes Kind gewährt. Die Uebernahme besoldeter Nebenämter ist nicht gestattet. Bei Dienstunfähigkeit wird ein durch Ortsrat festgesetztes Ruhegehalt gezahlt. Geeignete Bewerber werden ersucht, ihre Bewerbungen unter Beifügung eines Lebenslaufes und der die Befähigung nachweisenden Zeugnisse an den Unterscheideten — R. Ipphöfisches Rathaus — bis zum 15. April 1920 einzuliefern.
Königsberg Br., den 16. März 1920.
Der Stadtverordneten-Vorsitzer. Mertins.

Konsumverein Leipzig-Plagwitz und Umgegend
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Als ganz besonders preiswert bieten wir an
2 Waggon Gemüsekonserven
Abgabe nur solange als Vorräte reichen.
Backpflaumen
Kakao, garantiert rein
Hafer-Kakao
Kaffee, geröstet, reinschmeckend
Kaffee-Ersatz
Zigarren — Zigaretten — Tabak
Rotwein — Weisswein
Liköre
Englische Heereskost in Dosen (mit Fleisch)
Ohrensa, eingedickte Suppenwürze
Friedensware, mit 10% Rinderfett
sehr empfehlenswert, hoch altpreislgl
Back-Aroma — Backpulver
Schokoladen — Reisstärke
Mandeln — Mandel-Ersatz — Sultaninen
Zitronen — Korinthen
Frische Landeier
Eingedickte kondensierte Milch, ausgewogen.

Prima **Plauschen** Pfund **1.75 M**
Melange ohne Nüssen! **10 Pf. 16 M**
Als Brantstrich oder Kompott! 3 Pfund 5 Mk.
Bester Brothelag: **Herings-Rogen, Pfl. 1.50 Mk.** | **Kräuter-Fischchen, Pfl. 2.75 Mk.**
Paul Baumann, Fischwarengroßhandlung, Windmühlenstr. 42
N.B.: Für 10 Pfund Zeitungspapier erhalten Sie für 10 Mk. Waren nach Ihrer Wahl. — Bezahle für 1/2-Schellfischkasten Stück 2 Mk., 1/2-Kisten 1 Mk.

Kaufgejuche
Rahle **Höchstpreise** für Herren-Garderobe, einzelne Jacken, Hosen, Westen, Militärsachen, Militärschuhe und Stiefel, Zivil-Schulwerk, Leib- und Bettwäsche, Betten, Gardinen, Teppiche, Haushaltsgegenstände usw.
Klink, Ranfische Gasse 6, p.

Kaufe alle
Mit-Entlastungsglück, Jacken und Gehrock-Anzüge, Wäbhel, Betten, Wäsche, Uhr, Leibhausschne, Sahle hohe Preile. Sternwartenstraße 80 **Woll.**
Brecher, Gerberstr. 43. 2856 zahlt höchste Preise für **Damen- und Herren-Garderobe, Schuhe, Gard., Leib- und Tischwäsche, Federbetten u. alles andere.**

Nur die **Einkaufszentrale Weigler**
Lessingstr. 18, I.
zahlt für **!! Felle !!**
höchste Tagespreise
Schafwolle
p. kg bis 85 Mk.
ungew. h. 50 Mk.

Alle Sorten Felle
kauft zu höchsten Tagespreisen
Reicher, Eisenbahnstr. 17, II. c. Telefon 13 213.

Häute und Felle
kauft zu höchsten Tagespreisen
Rabinowicz & Co. Nikolaistraße 28/32
Nur 2 Treppen
(Wahrheits!) :: Telefon 3169
Nicht in den Laden gehen.

Alle Arten Felle
kauft zu höchsten Tagespreisen
Mitterstr. 35 (Gaden) * Tel. 12675.

Zugerichtete und rohe FELLE aller Art
kauft u. zahlt höchste Tagespre.
Weishahn Gerberstraße 38, III. *

Kanin bezahlt allerhöchst
Mag. Richter, Reichstr. 30/32
Telephon 8115.

Sekt-Flaschen
Weißwein-Fl. } bis 1.40 Mk.
Rotwein-Fl. }
Milch-Flasch. }
Zettungen, kg 1.50 Mk
Alte Bücher 1.10 z. Ein-
Mosch 0.60 stampf
Kupfer
Messing
Blei
Eisen } auch in
Gußeisen } Ladungen
Neutuch, Wolle und
Lumpen jeder Art
kauft zu höchsten Preisen
und holt ab
Bezahle **Straßenbahn**
oder **Bahn**
Nordstr. 44, I. Telefon 9265.

Achtung! Gelegenheitskauf! Billig!
Hochfeine **Schuhcreme** eingetroffen.
Mehrere laufend Dosen greifbar.
Beste Bezugsquelle für Geschäftsinhaber und Handwerker.
Lieberwolkwitz, Leipziger Straße 19, I.

Familien-Nachrichten
Bei den Kämpfen um Halle, wohn er zur Hilfe geeilt war, wurde am Montag mein lieber Sohn, unser guter Bruder und Schwager, der **Schlosser Karl Nollau** im Alter von 28 Jahren durch mehrere Schüsse getötet. **L. Neustadt, Ludwigsstraße 7.**
In tiefstem Schmerz **Ida vorw. Nollau** im Namen aller Hinterbliebenen.
Beerdigung hat am Sonntag, dem 28. März, in Schiffsplatz stattgefunden.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die tieftraurige Nachricht, daß unsre herzengute Tochter und Schwester **Liesbeth Henschel** nach schwerem Leiden im 8. Lebensjahre am Sonntag, dem 27. März, früh 1/6 Uhr, sanft entschlafen ist. **L. u. H. H., Hauptstraße 88, I.**
In tiefstem Schmerz
Familie Richard Henschel nebst Angehörigen.
Die Beerdigung findet Dienstag, nachmittags 5 Uhr, auf dem Neuhäuser Friedhofe statt.

In der Nacht zum Vatertag, 1/12 Uhr, verschied an Lungentuberkulose mein so innigstgeliebter, strebsamer Mann, unser herzenguter liebevoller Papa, der **Buchbinder Gustav Noack** im Alter von 40 Jahren, nachdem er noch die Schulentlassung seiner beiden lieben Mädel erleben konnte. **L. Anger, Weinaudorfer Straße 40, II. L. L. Eutrich.**
In unfagbarem Schmerz
Anna Noack geb. Kittel, Charlotte und Aorta nebst Hinterbliebenen.
Beerdigung, Mittwoch um 8 Uhr, auf dem Trinitätsfriedhof.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsre liebe Mutter und Schwiegermutter, Frau **Klara Thieme geb. Weissenborn** nach langem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist. **L. Thonberg, Reichenhainer Straße 85, I. f.**
Die Trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung, Dienstag, 30. 3., vorm 10 Uhr, Südfriedhof.

Für die aufrichtige Teilnahme beim Begräbnis meines mir bei den Straßenkämpfen entrissenen lieben Mannes sage ich allen lieben Verwandten u. Bekannten herzlichsten Dank. Besonderen Dank der U. S. P. für Kranzspende. Dank der Belegschaft der Fa. Rud. Sad für Blumenschmuck und liebste Geleit zu Grabe.
Die trauernde Gattin **Martha verw. Epheser.**
L. Lindenau, den 25. März 1920.

Dank. Für die herzliche Teilnahme beim Begräbnis meiner lieben Frau und Mutter **Auguste Henschel** sage ich allen herzlichsten Dank.
Gustav Henschel nebst Sohn und Frau.

Danksgagung. Für die liebevolle Teilnahme und den schönen Blumenschmuck beim Begräbnis unseres so lieb aus dem Leben geschiedenen guten treuen Logis-herrn und Kollegen, des **Laubstummten Alb. Schlünzen** sagen wir den beiden Firmen-Kenn und Sidura und seinen lieben Kollegen herzlichsten Dank. Dir aber, lieber treuer Freund, rufen wir ein Ruhe sanft nach.
A. Kölling und Frau.

Dank. Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben, treuherzigen, unvergesslichen Mannes, unseres lieben Sohnes, Schwiegersohnes, Bruders, Schwagers und Onkels, des **Freiheitskämpfers Erich Wendel** sagen wir allen untern herzlichsten Dank. Besonderen Dank für den erhebenden Gesang, den Ortssekretär, Böhlh-Ehrenberg und Burghausen, ferner allen lieben Verwandten und Bekannten sowie dem Hausbewohnern und Nachbarn und seinen lieben Mitarbeitern der Kraftfutterwerke für die Spenden und das ehrenvolle Geleit zur letzten Ruhe. Ebenfalls Dank allen Blumenpendern. Vielen Dank dem Genossen **Maunack** für die trotzigen Worte am Grabe. Dir aber, mein lieber Mann, rufe ich ein Ruhe sanft und habe Dank in dein allzu trübes Grab nach.
Böhlh-Ehrenberg, 27. März 1920.
In tiefster Trauer.
Frau Klara Wendel geb. Bierbach nebst allen Hinterbliebenen.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 29. März.

Parteiangelegenheiten.

Abteilung, Stadtvorordnete der U. S. P.

Die für heute angelegte Fraktionsführung findet wegen der Generalversammlung des Konsumvereins erst morgen abend 7 Uhr in der Silberpappel, Kirchstraße, statt.

Mit-Leipzig, Bezirk Ost. Donnerstag, den 1. April, abends 7 Uhr, im Restaurant Goldener Ring, Glodenstraße 4, wichtige Funktionärsführung. Tagesordnung: Vorbereitungen zur Bezirksgeneralversammlung. Vollständiger Besuch erwünscht.

Nordbezirk. Dienstag, den 30. März, abends 7 Uhr, Sitzung der Funktionäre (Mikauauschuss). Tagesordnung: Bericht und Neuwahl.

Schnelld. Genossen, welche sich noch zur Einwohnerwahl melden wollen, mögen sich in der Filiale der Leipziger Volkszeitung beim Genossen Schnelle mit Partei- und Gewerkschaftslegitimation melden.

Parteilagen. Heute abend 7 Uhr wichtige Sitzung der Funktionäre im Volkshaus, Zimmer 1. Funktionäre sind vorzuziehen.

Eine „Ordnungslüge“ als Mörder.

Der weiße Schrecken rast jetzt auch durch die Straßen von Leipzig. Die Bevölkerung ist der Willkür brutaler Zeitfreiwilliger und Reichwehrruppen preisgegeben. Deren Provokationen dürfen sich. Am Freitag, dem 20. März, gegen 1/2 11 Uhr abends, wurde in der Johanniskirche ein junger Mann von einem farbigen Zeitfreiwilligen erheblich verletzt. Zur fraglichen Stunde passierte ein schwarzer Bizefeldwebel mit hohem Kragen und silbernen Ringreifen die Johanniskirche und sprach eine Gruppe Personen an, die sich in einer Hausflur unterhielt. Die Leute konnten jedoch nicht herausbekommen, was der Zeitfreiwillige wollte, da er nicht imstande war, sich deutlich auszudrücken. Nur den Satz: „Sehen Sie weiter!“ brachte der Zeitfreiwillige verständlich heraus. Um unnötige Reibereien zu vermeiden, gingen die Bewohner sofort in die Hausflur, obwohl die beiden Zeitfreiwilligen nicht als Patronen kenntlich waren. Im gleichen Moment schob der schwarze Bizefeldwebel auf die Straße. Die abspringende Kugel verletzte einen der Bewohner am Knie und Oberarm. Eine Zeugin dieses Vorfalls behauptete, daß die Zeitfreiwilligen nach ihrer Heldentat um die Ecke gelaufen und geflohen seien. Derselbe schwarze Bizefeldwebel, der am Freitagabend in der Johanniskirche einen Zivilisten verletzt hat, wurde am Sonntagabend zum Mörder. Nach 11 Uhr ging ein entlassener Soldat durch die Reichstraße nach Hause. Am Büchergäßchen überholte er zwei uniformierte Zeitfreiwillige, die mit ihren „Damen“ langsam und lärmend auf dem Fußsteig gingen. Im Vorbeigehen schaute sich der Passant die auffällige Gruppe an, ohne jedoch irgendeine Bemerkung fallen zu lassen. Ein schwarzer Bizefeldwebel mit silbernen Ringreifen löste sich sofort aus der Gruppe los, stürzte auf den Passanten zu und setzte ihm mit den Worten: „Was guckst Du?“ den entsetzten Revolver auf die Brust. Der schwarze hätte losgeknallt, wenn sein Begleiter ihm nicht bedeutete hätte, daß der Angegriffene ein Soldat sei. Da der Begleiter des Schwarzen jedoch sah, daß der letztere unbedingt Händel suchte, entfernte er sich. Der Zeitfreiwillige rief laut darauf den Passanten mehrmals mit der Faust ins Gesicht und verletzte ihn häufig am Unterleib. Inzwischen hatte sich eine größere Menge angesammelt und versuchte, den Passanten zu schützen. Der farbige Ordnungsheld hielt seinen Revolver vor die Menge und sprach: „Wenn ihr wollt, geht der Krieg wieder los!“ Im gleichen Augenblick trachten zwei Schüsse. Der erste tötete sofort einen Heiden aus Nürnberg durch einen gräßlichen Stirnschuß, der zweite verwundete einen anderen Passanten am Bein. Nach Vollbringung seiner rühmlichen Tat ergriff der Revolverheld mutig die Flucht. Die Leipziger Bourgeoisie kann auf ihre „Ordnungstäter“ stolz sein. Die lange dürfen diese Helden noch mit dem Revolver in der Tasche ihre „Damen“ ausführen und feiheitslieblichen Passanten über den Haufen schmeißen? Haben sich die verantwortlichen Stellen schon einmal Rechenschaft darüber abgelegt, wie dies unverantwortliche Treiben auf die Leipziger Arbeiterklasse wirkt? Der farbige Bizefeldwebel ist in Leipzig schon seit mehreren Tagen durch sein provokierendes Benehmen aufgefallen. Bei der Schießerei am Sonntag ist einer Frau eine Kugel durch den Hintern gegangen. Ein Zeitfreiwilliger hat erzählt, am Tage vorher wollte der Mörder eine Handgranate unter Straßenpassanten werfen, was nur im letzten Augenblick verhindert wurde. Auch auf dem Hauptbahnhof hat derselbe Mann einen Austritt veranlaßt; dort wollte er einen französischen Offizier erschießen. Die Führer der Zeitfreiwilligen mußten wissen, wie es der Mann treibt, und ihm das Hoffentragen verbieten oder ihn ganz aus der Truppe entfernen. Die Bestrafung des Mordes wird sich deshalb nicht nur auf den unmittelbaren Täter erstrecken dürfen, sondern sie muß auch die Provokateure des Mörders treffen.

Weitere Heldentaten.

„Kais. Bunde“. Es wird uns berichtet: Am Sonntagabend gegen 1/2 11 Uhr wollte auf dem Königsplatz ein Zeitfreiwilliger auf einen Wagen der Straßenbahnlinie 10 steigen. Da er Handgranaten im Gürtel trug, wurde ihm vom Führer das Vortreten des Wagens verboten. Er gab zwar an, die Handgranaten seien nicht karriert, indes erwartete diese Versicherung kein Zutrauen; die Passagiere erhoben energischen Einspruch gegen das Mitnehmen des Mannes. Darauf beschimpfte der Herr die Protestierenden mit dem Zuruf: „Kais. Bunde!“ Der herbeigelaufene Schaffner verlangte Kundweis und Namen, die der Zeitfreiwillige verweigerte. Mitschreiende holten einen Schaffmann, der dann den Zeitfreiwilligen — wir nehmen an zur Feststellung seiner Persönlichkeit — zur Wache führte.

Am 19. März gegen abend besaßen sich ein Geselle und der Bekannte Scheibe des Fleischermeisters Kränze auf einem Geschäftsweg. In der Moritzstraße blieb das Pferd liegen und erst nach Stunden war es ihnen möglich, heimzugehen. Der Geselle, der einen Ausweis bei sich trug, durfte ungehindert die Straßen passieren, während Kränze den Wehring ins Wachtlokal schleppten. Hier mußte er eine volle Stunde mit dem Gesicht gegen die Wand und die Hände auf dem Rücken stehen bleiben. Er wurde dabei immer heftiger an den Kopf geschlagen; wobei die Nase gegen die Wand schlug und das Blut herunterlief. Es wurde ihm verwehrt, das Blut aus seinem Gesicht zu wischen. Erst später gab ihm ein Leinwandverbandstoff, um sich die Nase zu verbinden und das Blut zu entfernen. Es wurde ihm auch ein Ausweis gegeben; daß er nun ungehindert die Straßen passieren konnte.

Scheibe erzählt weiter, daß sich im selben Lokal noch zwei andere Zivilpersonen befunden hätten, die von den Roschiden eingeschleppt worden seien. Der eine wurde fortgesetzt aufgeschrien, seine Mähne gerade zu ziehen und dann jedesmal mit dem Gewehrlofen auf die Hände geschlagen, sobald er dem Befehl nachkommen wollte. Der andere wurde beim Vorfinden seines Verbandsbuches niedergeworfen und ungefähr von 30 Mann mißhandelt.

Ein Leser schreibt uns: Ich hatte am 24. März den Auftrag, im Hause Reichstraße 48 einen Raschelherd zu setzen. Nachmittags 1/2 4 Uhr erschienen dort ein Führer und fünf Zeitfreiwillige und forderten mich auf, mitzukommen. Als ich fragte, warum, wurde mir vom Führer erklärt, in der Werkstätte Moritzstraße seien in einem Handkoffer Waffen gefunden worden. Es müßte geklärt werden, wem der Koffer gehöre. Ich ging mit. Der Weg führte nach der Schule am Schleußiger Weg. Als wir dort angelangt waren, ging es eine Treppe hoch. Dort wurde ich von einem Offizier gefragt, wie ich dazu käme, Zeitengewehre und andre militärische Sachen im Koffer aufzubewahren. Ich erklärte, daß es nicht mein Koffer sein könnte, da ich nur Werkzeug in meinem Koffer habe. Nach weiteren Verhandlungen wurde ich mit noch zwei Kollegen auf die Wache geführt. Bald darauf standen wir unter Aufsicht von 3 Posten mit Gewehr. Später kam noch ein vierter Posten, eine kleine schwächliche Person hinzu. Dieser Held, ein etwa 19 Jahre alter Bursche, befahl einem Kollegen, sich mit dem Gesicht nach der Wand zu stellen. Der gleiche Befehl wurde auch darauf den andern gegeben. Als ich so dastand, kommandierte der Soldat: „Hand aus der Tasche! Kommen Sie zusammen!“ Er rief mit seinem Fuß gegen mein Bein. Als ich ihn fragte, ob er sich nicht schäme, einen 50jährigen Mann mit dem Fuß zu treten, brüllte dieses Burschen: „Schon aus! Halten Sie, sonst haue ich dir ein Paar in die Fresse!“ Darauf bekam ich ein paar Kolbenlöcher und Fußtritte. Ich vertrat mir dieses und sagte, daß die Soldaten nicht weiter gelernt hätten. Darauf erhielt ich wieder Kolbenlöcher und Fußtritte und die Worte kamen geflossen: „Hier haben wir die Macht. Hier hast du nur zu gehorchen, ihr Verbrecher! Ihr Verräter! Euch muß jedes Glied einzeln geschmettert werden.“ Ich war furchtbar erschrocken und wollte mit meinem Leben absteifen. Da klopfte mir jemand auf die Schulter. Es war der Patronenführer, der mich geholt hatte, und er sagte: „Kommen Sie! Sie sind entlassen!“ Ich sagte ihm, daß ich mit Gewehrlofen und Fußtritten traktiert worden sei. Der Führer sagte aber, ich solle nur gehen. Wie es den andern Kollegen ergangen ist, weiß ich nicht, die sind noch nicht entlassen.

Eine besonders triste Szene der Zeitfreiwilligen während der verflochtenen „Reichs“-Kämpfe war der Eisenbahnhofler Mord. Als Zeitfreiwilliger Gruppensführer hat er fröhlich mit den „meinerde“ Arbeiterkassen im Hause zu halten. Mures ist zwar noch im Nebenamt Funktionär der mehrheitssozialistischen Partei und des Arbeiter Eisenbahnerverbandes, aber jetzt mußten alle weichen Mitglieder schwinden. Das Vaterland des Leipziger Bürgergenossenschafts war in Gefahr, der ver. „Loppe“ Sozialdemokrat wurde zum strammen Ordnungstäter. Nach dem Brande des Volkshauses schienen dem irreführenden Mures doch keine Bedenken aufzusteigen zu sein. Von seinem Kompanieführer, dem Hauptmann Kampff, ließ er sich bestärken bescheiden, daß er während der Kampftage nur Sanitätsdienste geleistet habe. Herr Kampff behauptete dies auch unbedenklich mit seiner Namensunterschrift. Nur ist Mures zwar nie im Sanitätsdienste ausgebildet worden, er wurde aber mehrfach mit der Waffe in der Hand gesehen.

Die Drohungen eines Zeitfreiwilligen.

Wie uns mitgeteilt wird, hat der Zeitfreiwillige E. Zentricher erklärt: „Na, laßt uns nur erst nach dem Hunger kommen. Ich weiß genau, wer bei der Volkswehr war. An die Wand stellen wir sie nicht. Aber einbrennen tun wir sie. Zu freien bekommen sie nichts, dafür erhalten sie dreimal täglich Kaffee.“ Das sind die Worte, die für Ruhe und Ordnung in Leipzig sorgen sollen. Bemerkungen wollen wir noch, daß der Vater dieses Helden im Hause Wörthstraße 6 ein Geschäft hat.

Ueber die letzten Schieberellen der Zeitfreiwilligen und Reichwehrruppen

Am Johannisplatz wird uns geschrieben: Als Anwohner des Johannisplatzes hatten wir am Sonntagabend, dem 20. März, Gelegenheit, folgendes Heldentat in Augenschein zu nehmen. Circa 1/2 11 Uhr fuhr ein Arbeiter der letzte Schieb bei der Johannisstraße. Gegen 1/2 11 Uhr wurde ein Mann schwer verwundet. Er schrie gräßlich und soll wohl tot beim Sachsenhof liegen geblieben sein. Von früh bis gegen 10 Uhr vormittags wurde auf Passanten Schär geschossen. Wir mußten den Leuten vom Fenster aus immer zurufen: „Stehen bleiben!“ Gegen 9 Uhr wurde einem älteren Mann der rechte Oberarm geschossen. Einige Minuten später erhielt ein sehr alter Herr einen Rückenstoß. Was der Grund zu dieser Schießerei war, können wir nicht ergründen. Ausdrücklich wollen wir noch betonen, daß wir nicht „verhebt“ und auch nicht Lese der „Dehblatte“ sind, daß wir aber diesen kurzen Bericht drücklich an die Ordnungsbürokraten wie Leipziger Neueste Nachrichten und Leipziger Allgemeine zwecks richtigen Verteilens der Vorbeeren mit eingeschickt haben.

Forderungen des republikanischen Führerbundes

- Die sozialdemokratischen Bezirksorganisationen Groß-Beilng haben gemeinsam mit dem Republikanischen Führerbund und dem Reichswirtschaftsverband der Berufssoldaten folgendes Programm für die Sicherung der Republik und der Wehrmacht aufgestellt: 1. Sofortige Suspendierung aller kompromittierten Führer. 2. Es ist diesen Führern verboten, die Kasernen zu betreten und Uniformen anzulegen. Die in ihrem Besitz befindlichen Waffen sind abzuliefern. 3. Die Regierung wird ersucht, einen sofortigen Aufruf zu erlassen zur Sammlung aller Militärpersonen, die vor dem Putz und während desselben zu Unrecht entlassen worden sind. 4. Peranziehung der Arbeitsgemeinschaft zwischen dem R. F. V. und des Reichswirtschaftsverbandes zur Unterstützung in militärischen Fragen. 5. Sofortige Besetzung des Reichswehrministeriums mit zuverlässigen republikanisch gesinnten Fachleuten. 6. Sofortige Einsetzung politischer Zivilkommissare in sämtlichen militärischen Dienststellen. 7. Sofortige Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit. 8. Sofortige Auflösung aller Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenformationen. Die Leipziger Ortsgruppe des Republikanischen Führerbundes stimmt diesen Forderungen im allgemeinen zu. Entgegen Punkt 5 hält sie jedoch insbesondere für Leipzig angelegentlich das Geschehen die Schaffung einer Einwohnerwehre zunächst für notwendig. Die Mitglieder des Republikanischen Führerbundes werden sich dieser Einwohnerwehre zur Verfügung stellen. Beitrittserklärungen zum Republikanischen Führerbund erfolgen am schnellsten schriftlich an G. D. Ramm, Neubitz, Eisenburger Straße 22.

Aus den Ratsbeschlüssen.

Beschlußung des städtischen Gemeindefrages. In der letzten Rats-sitzung nahm man Kenntnis davon, daß der Sächsische Gemeindefrage am 15. April 1920 in Dresden eine Verammlung abhalten wird. Es wurde beschlossen, zur Veranlassung, zu der die Stadt 16 Vertreter entsenden kann, vom Rat bis zu sechs Mitgliedern abzuordnen,

im übrigen die Beteiligung den Stadtvorordneten zu überlassen. Dem Stadtvorordneten ist Mitteilung zu machen.

Zur Verhinderung der Rettungsgesellschaft. Den Vorhändlern des Wohlfahrtsamtes wegen Übernahme des Betriebs der Rettungsgesellschaft durch die Stadt am 30. Juni 1920 wurde beizutreten und dem vorläufigen Abkommen mit der Gesellschaft wegen der Fortführung des Betriebes bis zu diesem Zeitpunkt für Rechnung der Stadtkommune zugestimmt. Zustimmung der Stadtvorordneten ist eingeholt.

100 000 Mark für Nadelarbeitsmaterial. Der Rauselwirtschaftsverwaltung wurde der Gesamteinlauf des für die Volksschulen nötigen Nadelarbeitsmaterials übertragen. Zu diesem Zwecke wurde ihr ein Vorkauf von 100 000 Mark bewilligt.

Ergebnislose Erörterungen. Man nahm Kenntnis davon, daß auf den Antrag der Stadtvorordneten wegen des Kohlenbezugs auf dem Landwege umfangreiche Erörterungen angestellt worden sind, die aber zu praktischen Ergebnissen nicht geführt haben.

Raubmord in der Nordstraße.

Das Polizeiamt berichtet: Einem schrecklichen Verbrechen ist gestern, Palmsonntag, nachmittags in der zweiten Stunde die Inhaberin des Schokoladengeschäfts Nordstraße 20, die ledige 57jährige Lina Handwerd zum Opfer gefallen. Gegen 4 Uhr nachmittags fand eine zu Besuch erscheinende Schwester die Geschäftsinhaberin tot auf dem Rücken liegend hinter der Kadentafel auf. Die in kürzester Frist am Tatort erschienene Mordkommission der Kriminalpolizei stellte Raubmord fest. Der Tod ist durch wuchtige, zum Teil tief in das Schädelinnere eindringende Stöße mit einem scharfkantigen, vielleicht keilartigen, Werkzeuge herbeigeführt. Die Tadelasse ist ausgeraubt, die übrigen für Aufbewahrung von Wertgegenständen in Frage kommenden Behälter waren durchwühlt. Mienel Bargeld und was etwa an sonstigen Wertgegenständen dem Täter in die Hände gefallen ist, hat sich bisher noch nicht genauer feststellen lassen, immerhin dürfte es eine erhebliche Summe haben gelassen sein. Die Kriminalpolizei verweist des Näheren auf die amtliche Bekanntmachung in der vorliegenden Ausgabe und die auf die Ermittlung des Mordtats ausgelegte Besorgung von 1000 Mk. Wir werden auf Grund der eingehenderen amtlichen Feststellungen weiter berichten.

Städtisches Brennholz. Auf die Beanspruchbarkeit von Brennholz auf den städtischen Lagerplätzen an der Dautschstraße und Gurtschier Straße, Ecke Roscherstraße, wird erneut hingewiesen. Auf dem Lagerplatz an der Gurtschier Straße, Ecke Roscherstraße, kommt nur ungeschichtetes Brennholz zum Verkauf, während auf dem Lagerplatz an der Dautschstraße auch geschichtetes Harz- und Weichholz, solange der Vorrat reicht, verkauft wird. Auf dem Lagerplatz an der Gurtschier Straße, Ecke Roscherstraße, steht außerdem zurzeit ein kleinerer Vorrat offener geschichtetes Bündelholz (einen Kiefernholz) zum Verkauf. Der Verkauf findet nur an Hausabnahmen gegen Vorlegung des Kohlenkartenausweises statt. Wegen der Preise und Verkaufszahlen ist das Nähere aus der Bekanntmachung zu ersehen. Hingewiesen wird noch besonders darauf, daß auf dem Lagerplatz an der Gurtschier Straße, Ecke Roscherstraße, nur gegen Quittung, der vorher bei der Dreifachkassen gegen Bezahlung in Empfang zu nehmen ist, abgegeben werden kann.

Zugverkehr zu Oßern. Am Karfreitag, dem 2. April und am Ostermontag, dem 5. April, verkehren auf den Linien der Sächsischen Staatsbahnen die Schnell- und Personenzüge im allgemeinen wie an Werktagen. Es sollen nur die vorwiegend dem Berufs- und Arbeiterverkehr dienenden Züge aus, die wegen Schließung der Geschäfte und Betriebe entbehrlich sind. Diese Züge werden auf den Stationen durch Schalterauskang bekanntgemacht. Am Ostermontag, dem 4. April, verkehren dagegen nur die wenigen Züge im Vorort- und Nahverkehr wie an gewöhnlichen Sonntagen.

Den Verkehrspreis für unter- und oberirdisches Bier hat der Reichswirtschaftsminister für die in der Stadt Leipzig und einigen Orten gelegenen Brauereien auf 65 Mk. je Hektoliter mit Steuern zuzüglich festgelegt. Die Festsetzung gilt jedoch nur für den Absatz innerhalb der bestimmten Orte.

Zu der Notiz „Schießerei auf den Gärten“ in Nr. 44 der Leipziger Volkszeitung teilt uns Herr Georg Hechler, der die Wohnung Reichenhainer Straße 17, I. bewohnt, mit, daß aus seiner Wohnung nicht geschossen worden sei.

Eine Verhütung. Unter Berufung auf das Gesetz vom 26. März 1919, die in dem in Nr. 44 der Leipziger Volkszeitung vom 26. März veröffentlichten Artikel: „Die Leipziger Zeitfreiwilligen und die Rote-Kreuz-Flagge“ ausgeprochene Behauptung, ein die Rote-Kreuz-Flagge führendes Auto der Arbeiterkamerader sei am Sonntag, den 14. März, in der Mittagsstunde bei der Johanniskirche von, den in der Universitätsstraße postierten Zeitfreiwilligen unter Feuer genommen worden, ist unwahr. Wie die sofort angestellten Ermittlungen ergeben haben, ist das Auto von den in und vor der Universitätsstraße postierten Zeitfreiwilligen nicht beschossen worden, da man dort das Schwenken der Rote-Kreuz-Flagge deutlich erkannt hat. Von Seiten der Brigade, der Chef des Generalstabs Zuerfört, Hauptmann.“

Lebensmittellieferanten für Dienstag, den 30. März.

- Für Haushaltungen. Ausgabe. Kralluppe: Beginn — besteht mit 2 E und K der Lebensmittelkarte Reihe N (250 Gramm); Zuschlebensmittelmarte 18 für Kriegsgelungene (250 Gramm); Fleischmarkenstreifen G 1-3 (100 Gramm). Für Händler. Marmelade: Bezugselementnahme. Butter- und Schmelzmalz: Bezugskartenablieferung in der Bezugsstellen durch die Buttergroßhändler. Kralluppe: Bezugselementnahme. Nährmittel usw. für Kinder bis zu zwei Jahren und Nährmittel für Schwangere: Bezugselementnahme Schulstraße 1, Schalter 86 und 87.

Kleine Chronik.

Lautenabend. Herr Kurt Schubert veranstaltete einen Lautenabend zur Laute mit eigenen Dichtungen und Melodien. Früher hielt ich nie etwas von der Opferfreudigkeit des Leipziger Bürgertums, gestern habe ich sie bewundern müssen; denn die Erliebtenen brachten ein zwiesaches Opfer. Das kleinere war das an Geld, das größere, diesen neuesten „Virtuosen“ zur Laute einen Abend lang anzuhören. Herr Schubert hat nämlich weder Talent zum Dichten, noch zum Komponieren, Singen oder Lautenspielen (ein paar Akkorde anschlagen ist kein Lautenspiel); nur ein besitz er: die bewundernswerte Kühnheit, trotz all dieser Unfähigkeit das Podium des Konzertsaales zu betreten. A. M.

Städtische Theater. Im Alten Theater wird für Sonnabend, den 10. April, die Erkaufführung von Strindbergs Königin Christine vorbereitet.

Schauspielhaus. Am Sonnabend kommt Heijermanns Drama Die Hoffnung auf Segen, das seit vielen Jahren in Leipzig nicht gegeben worden ist, in einer Revueinszenierung zur Aufführung. Die Hauptrollen spielen: Stella David, Grete Doerffels, Paul Berberow, Hans Sturm, Bernhard Wildenhain, Wilhelm Verhoff, Regie: Hans Sturm. — Freitag bleibt das Theater geschlossen.

